

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Jahresabonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postspalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vierhundert).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, Sonnabend, 15. Februar 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern. — Kohlen-  
not und Bergarbeiterlöhne: — Allgemeine Rundschau. —  
Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-  
Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Der Gesetzentwurf über die Arbeits- kammern

bildete den Gegenstand der Erörterung einer großen öffentlichen Gewerksvereinsversammlung, die der Zentralrat am Dienstag nach dem Verbandshause in Berlin einberufen hatte. Zahlreich waren die Verbandsangehörigen und -Genossen von Berlin und Umgegend dem Rufe gefolgt, und auch die freisinnigen Fraktionen des Reichstages waren durch die Abgeordneten Manz und D. Naumann und die Nationalliberalen durch die Abgeordneten Beck-Heidelberg und Everling vertreten. Erster Referent war der Kollege Karl Müller vom Verein der Deutschen Kaufleute. Derselbe führte aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die sich daraus ergebende Wirtschaftspolitik die Schaffung von besonderen Interessenvertretungen für die einzelnen Wirtschaftsklassen nötig gemacht habe, und so seien die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern entstanden. Auch der Stand der Lohnarbeiter, der im Laufe der weiteren Entwicklung emporgestiegen ist, habe einen Anspruch auf eine derartige Interessenvertretung. Das sei nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch des nationalen Interesses, denn die Arbeitskraft, das Kapital des Arbeiters, in der Gesamtheit stelle ein Vermögen dar, das vor Raub und Wucher ebenso geschützt werden müsse wie das übrige Kapital. Dieser Einsicht hat man sich in den übrigen europäischen Kulturstaaten auch nicht verschließen können. Seit 1887 gebe es bereits in Belgien Arbeitskammern; bald sei Holland gefolgt, dann Frankreich, die Schweiz, Italien und endlich Österreich. Nur Deutschland und Rußland hätten sich noch nicht zu ihrer Einführung entschließen können. Anläufe dazu seien freilich schon oft gemacht worden. Verschiedentlich habe der Reichstag seine Zustimmung zur Schaffung von Arbeitskammern gegeben, und auch durch die Kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 seien dieselben in Aussicht gestellt worden. Jetzt endlich nach 18 Jahren sei die Regierung bereit, das kaiserliche Wort einzulösen. Da könne in der Tat nicht von einem Automobiltempo in der sozialen Gesetzgebung gesprochen werden.

Während man sich also nachgerade einig sei über die Notwendigkeit einer Interessenvertretung der Arbeiter überhaupt, herrsche noch Meinungsverschiedenheit über ihre Form. Von einer Seite würden reine Arbeiterkammern, von anderer Arbeitskammern verlangt. Redner ist der Meinung, daß die Arbeiterkammern in ihrer Tätigkeit enger begrenzt sein würden und daß den Arbeitskammern deshalb der Vorzug gegeben werden müsse, auch schon deswegen, weil in ihnen das Prinzip der Gleichberechtigung am deutlichsten zum Ausdruck komme. Gerade aus diesem Grunde sei die Vorlage im Prinzip als ein Fortschritt zu bezeichnen. In ihrer Form aber befriedige sie nicht. Sie könne nur bezeichnet werden als ein Versuch, als die Grundlage, auf der man etwas Brauchbares schaffen kann, nämlich Institutionen zur Förderung des sozialen Friedens und zur wirksameren Ver-

tretung der Interessen der Arbeiterschaft. Die hier geplante Institution der Arbeitskammern müsse wesentlich ausgebaut, auch verwaltungstechnische Maßnahmen ihr überwiesen werden, unter anderem auch die gesamte einigungsamtliche Tätigkeit der Gewerksvereine. Redner übte dann an verschiedenen Einzelheiten des Entwurfs scharfe Kritik und erhob namentlich Widerspruch dagegen, daß große Arbeiterkategorien aus dem Bereich der Arbeitskammern ausgeschlossen sein sollten. Er tabelte ferner das vorgegebene Wahlrecht und verlangte, daß die Beamten der Organisationen unbedingt das passive Wahlrecht haben müßten, da gerade sie vom Vertrauen ihrer Kollegen getragen würden und am besten deren Interessen wahrzunehmen in der Lage wären. Als Krone des Ganzen dürfe auch das Reichsarbeitsamt nicht fehlen.

Als zweiter Referent ergriff dann der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt das Wort. Er wies einleitend darauf hin, daß es sich hier um einen Gesetzentwurf handele, der dem Reichstage noch nicht zugegangen sei. Das verpflichte die Interessenten eine zwar gründliche, aber rein sachliche Kritik zu üben, damit es nicht gehe wie mit dem Gesetzentwurf über die Wohnungsreform, der zwar auch veröffentlicht, aber nie an das Parlament gekommen sei. Der vorliegende Gesetzentwurf bleibe, wenn er in der jetzigen Fassung Gesetz werde, vollkommen unwirksam. Eine Arbeitskammer solcher Art werde ein totes Instrument bleiben. Die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften und die Uebertragung der Kosten auf diese Organisationen der Unternehmer lasse die Arbeitskammern als Institutionen der Arbeitgeber erscheinen. Die Art der Wahl zur Arbeitskammer lasse die Massen der Arbeiter und Arbeitgeber vollkommen unberührt. Die Arbeitskammern könnten aber nur dann ihren Zweck, den wirtschaftlichen Frieden zu fördern, erfüllen, wenn sie getragen seien von dem lebendigen Interesse aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Darum dürften auch nicht die wenigen Dreimalausgewählten die Vertreter zur Arbeitskammer wählen, sondern es sei unbedingt erforderlich, daß alle Arbeiter an den Wahlen beteiligt würden und, damit auch alle Richtungen der Arbeiterbewegung Vertretung fänden, das Verhältniswahlssystem zur Anwendung kommen. Wenn man die Personen zusammenbringen wolle, auf die es in der Regel ankomme, ob Krieg oder Friede sein solle, dann möge man die Berufsvereine der Arbeiter und Arbeitgeber als die Wahlkörper betrachten, die ihre unabhängigen Männer in das Arbeitsamt entsenden könnten. Herabgesetzt werden müsse das aktive Wahlrecht auf 21, das passive Wahlrecht auf 25 Jahre. Die Arbeiterinnen sollten wieder einmal ausgeschlossen bleiben. Wie könne man sich aber eine Arbeitskammer z. B. für das Fertigtgewerbe denken ohne Beteiligung der Arbeiterinnen, da diese bereits mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im Fertigtgewerbe ausmache. Unbedingt zu verlangen sei auch, daß die Reichs- und Staatsbetriebe ebenfalls den Arbeitskammern unterstellt werden. Die Gegner des sozialen Fortschritts fänden Stärkung durch das Verhalten der Reichs- und Staatsbehörden, die der Privatindustrie Verpflichtungen auferlegten, die sie für die Betriebe des Staates nicht anerkennen wollten. Es sei ferner notwendig, daß auch die Kleingewerbe und ebenso auch die Landwirtschaft und das Handelsgewerbe den Arbeitskammern unterstellt würden.

Richtig organisiert könnten die Arbeitskammern viel Segen stiften. Die prinzipielle Bedeutung liege in der praktischen Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeitgebern auf dem Arbeitsmarkte. Die großen Syndikate, die sich weigerten, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, würden die Arbeitskammern nicht umgehen können. Die Zusammenführung von Arbeitern und Arbeitgebern in ihren leitenden Kräften werde manchen Kampf im beiderseitigen Interesse zu verhüten vermögen. Der Wahlspruch des Aufrufs zur Begründung der Deutschen Gewerksvereine, Gleichberechtigung und Schiedsgericht, sollte endlich auch im großen Stil gesetzliche Anerkennung erhalten. Daher sei der Entwurf prinzipiell gutzuheißen; er müsse aber so verbessert werden, daß die Arbeitskammern lebendig wirkende Institute zur Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts werden könnten.

Redner verlas schließlich eine Resolution, in der diese Bedenken und Wünsche zum Ausdruck gelangen, und bat um möglichst einstimmige Annahme derselben.

Die Diskussion, die sich an diese Referate knüpfte, war überaus rege und interessant. Kollege Gleichauf (Maschinenbauer) verurteilte den Gesetzentwurf scharf, weil er den Arbeitern nicht Arbeiterkammern bringe. Was anderen Ständen recht sei, sei dem Arbeiter billig. Trotz alledem aber erklärte er sich für die vom Kollegen Goldschmidt vorgeschlagene Resolution. Kollege Winter (Lebendarbeiter) wandte sich lebhaft gegen das vorgesehene Wahlsystem, dessen Schwächen er an Einzelheiten nachwies. Erkelenz ließ von dem Entwurfe nicht befriedigt und äußerte lebhaft Bedenken gegen die berufliche Gliederung der Arbeitskammern. Er erblickt darin einen Versuch, den Arbeiterorganisationen das Wasser abzugraben und ihren Einfluß zu schwächen. Derartige Kammern seien besser, da innerhalb derselben immer noch berufliche Abteilungen gebildet werden könnten. Abgeordneter D. Naumann erklärte, daß zwar theoretisch Arbeiterkammern besser, in der Praxis aber Arbeitskammern vorzuziehen seien. Er tabelte die Angliederung an die Berufsgenossenschaften, ging auf einzelne Bestimmungen des Entwurfs näher ein und empfahl schließlich auch die Annahme der Resolution. In ähnlichem Sinne äußerte sich Herr Ingenieur Lüdemann als Vertreter des Verbandes der technisch-industriellen Beamten. Auch er konnte nur dem Prinzip der Vorlage beistimmen, an der Form und dem Inhalt hatte er wesentliche Aussetzungen zu machen.

Nach eingehenden Schlußreden der beiden Referenten wurde sodann die vorgeschlagene Resolution mit einigen Abänderungen angenommen. Die Resolution lautet:

„Die in den großen Saal des Verbandshauses vom Zentralrat berufene öffentliche Gewerksvereinsversammlung (S. D.) begrüßt die endlich erfolgte Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern und stimmt demselben im Prinzip zu. In der vorliegenden Form aber ist der Gesetzentwurf unannehmbar.

Nicht einverstanden ist die Versammlung mit der Anlehnung der Arbeitskammern an die Berufsgenossenschaften, solange diese einseitige Arbeitgebervertretungen sind. Die Organisation zu beruflichen Kammern billigt die Versammlung. Die Kosten sind auf das Reich zu übernehmen.

Die Versammlung verwirft das vorgeschlagene Wahlverfahren, weil es die Massen der Wähler vollkommen un-

berührt läßt und die nichtsozialdemokratischen Arbeiter von der Mitwirkung in den Arbeitskammern so gut wie ausschließt. Entweder sind die Berufsvereine der Arbeiter aller drei Hauptzweige und die Verbände der Arbeitgeber aufzufordern, ihre Vertreter in die Arbeitskammern zu entsenden, oder es ist für die Wahlen das geheime und direkte Wahlrecht obligatorisch nach dem Verhältnisystem einzuführen, damit die verschiedenen Strömungen angemessen zur Geltung kommen können. Das aktive Wahlrecht ist auf 21 Jahre, das passive Wahlrecht auf 25 Jahre herabzusetzen. Auch den Arbeiterinnen ist das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen. In dem Gesetz ist zu bestimmen, daß jeder Teil — Arbeitgeber und Arbeiter — sein Wort auch selbständig abgeben kann. Die wirtschaftlichen Staats- und Reichsbetriebe sind in das Gesetz einzubeziehen.

Die Versammlung verlangt ferner, daß im vorliegenden Gesetzentwurf auch für die Landwirtschaft paritätische Kammern vorgesehen werden, ebenso für das Handels- und Gewerbe.

Die Annahme der Resolution erfolgte einstimmig. Es ist darin also der starke Willensausdruck einer Arbeiterorganisation zu erblicken, die seit ihrem Bestehen den Kampf führt für diese Einrichtungen des sozialen Friedens und für die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß man auch an maßgebender Stelle dieser machtvollen Kundgebung die gebührende Beachtung schenkt.

### Sollennot und Bergarbeiterlöhne.

Der Kollege Goldschmidt wandte sich dann namentlich gegen den konservativen Abgeordneten Duesh, der am Tage vorher die Kohlenknappheit auf allerlei Rationierungen des Zwischenhandels hatte zurückführen wollen, die Ausschaltung desselben und in erster Linie Bevorzugung der Genossenschaften für den Kohlenvertrieb wünschte. Das verstößt gegen den Grundsatz: Gleiches Recht für alle! Und deshalb könne und dürfe sich kein Minister darauf einlassen. Dann aber ging der Kollege Goldschmidt auf die Steigerung der Bergarbeiterlöhne ein und führte dazu noch folgendes aus:

Meine Herren, ich möchte dann ein weiteres Wort sagen zu den Löhnen im Kohlenrevier. Das eine nehme ich vorweg — das ist mit ein Grund, daß ich mich für die völlige Verstaatlichung des Bergbaues nicht begeistern kann — die Tatsache, daß die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in den privaten Bergwerken doch noch größer ist als in den Staatsbergwerken, und daß ferner die Löhne in den Privatbergwerken in den guten wie in den schlechten Zeiten die Löhne der Staatsbergwerke übertragen. Meine Herren, bewegen kann ich auch in das Loblied des Herrn Kollegen Bruff auf die „gesunde Sozialpolitik“ nicht einstimmen. Der Herr Kollege Bruff hat an der Hand der Drucksache Nr. 80 gewiß mit Recht darauf hinweisen können, daß die Löhne gestiegen sind. Er sprach sogar von einer vielfach sehr erheblichen Steigerung. Der Herr Kollege Schild sagte gestern: Wir sind damit an der Grenze des Möglichen angekommen, höhere Löhne zu zahlen, ist überhaupt nicht mehr möglich! Meine Herren, Sie vergessen dabei das eine: Wenn die Lebenskosten weiter steigen, müssen auch die Löhne ihnen folgen! Die Industrie selbst hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Arbeiter die einmal errungene Lebenshöhe sich zu erhalten vermögen; denn von der Lebenshaltung hängt auch ihre Leistungsfähigkeit ab; es muß also mit dem Wachsen der Lebenskosten auch der Lohn steigen. Der Herr Kollege Schild kann daher nicht sagen: Wir sind an der Grenze des Möglichen angekommen. Es liegt auch kein Grund vor, die Steigerung der Löhne als etwas so Besonderes und Außerordentliches anzupreisen. Nein, die Dinge stehen alle zu sehr im enghen wirtschaftlichen Rahmen. Es kann und darf gar nicht ausbleiben, daß mit der Steigerung der Lebenskosten auch die Löhne steigen.

Und, meine Herren, dann ist noch ein Wort zu sagen. Hat die Lage der Arbeiter infolge der Steigerung der Löhne sich so erheblich gebessert? Ich glaube, es wird anzuerkennen sein, daß ein Teil der Arbeiter den ganzen Mehrverdienst für die Steigerung des Lebensunterhalts, der gesamten Lebenskosten, hat aufbrauchen müssen und daß ein anderer Teil fast den ganzen Mehrverdienst hat dafür verwenden müssen. Das wird uns doch immerhin bahrt bringen müssen, ferner anzuerkennen, daß in der Besserung der Wohnverhältnisse nichts Ungewöhnliches liegt, daß vielmehr die Wohnsteigerung gerechtfertigt ist, und daß mit der Steigerung des Einkommens der Betriebe auch die Arbeiter an den Betriebsergebnissen entsprechend zu beteiligen sind.

Der Herr Minister hat nun hier auseinandergesetzt, wie fürchtbar schwer er es hat. Ich glaube, wenn man die Namen der großen Saltrifer aufzählen wollte, den Herrn Minister dürfte man nicht zuletzt nennen. Wie hat er uns gestern schon auseinandergesetzt: Da kommt der eine und verlangt, daß der fälschlich Bergbau nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben wird, daß ein möglichst hoher Ueberschuß erzielt wird. Da kommt wieder ein anderer und will möglichst billige Kohlen haben, wenn auch der Bergbau keinen Ueberschuß erzielt. Dann kommt ein Dritter und sagt: Für die Arbeiter geschieht zu viel; der vierte sagt: Nein, es geschieht zu wenig! Dann wußte er sogar noch von zwei anderen etwas zu sagen. Von dem einen, daß ihm die Löhne der Arbeiter zu hoch

seien, von dem anderen, daß sie ihm zu niedrig seien. Ich habe gestern gleich zu einem Kollegen, der neben mir stand, beim Anhören der Rede des Herrn Ministers gesagt: Der Andre bin ich! Die Löhne sind angestiegen der gesamten Lebenskosten, der gesamten Steigerung aller Preisbedingungen keineswegs zu hoch, sondern eher zu niedrig.

(Lachen rechts)

Der Herr Kollege v. Pappenheim hätte erst dann recht, das „Lachen rechts“ im Stenogramm zu markieren, wenn er sagen könnte, daß die Löhne der Staatsbetriebe den Löhnen der Privatbetriebe im Bergbau auf gleiche Höhe gelangt sind. Er wird, wenn er die Statistik ansieht, anerkennen müssen, daß das anders ist, daß die Privatbetriebe den Staatsbetrieben in der Lohnhöhe voraus sind. Meine Herren, ein wichtiges Kapitel des Bergbaues ist die Zahl der Unfälle. Sie ist diesmal besonders hoch infolge der schweren Unfälle, die wir im vorigen Jahre hier zu besprechen hatten. Herr Kollege Bruff hat dem Bunde Kundt gegeben, daß wir doch auf lange Zeit oder womöglich für immer von schweren Unfällen verschont bleiben mögen; er hat der Staatsregierung freundliche Anerkennung dafür gesagt, daß man — wenn das Kind ertrunken ist, deckt man ja den Brunnen zu — eine Steigerung der Hilfsmittel gegen Unfälle herbeigeführt hat. Ich schätze mich recht gern dem an, wenn ich auch darin nichts Besonderes finde. Bisher hätte man schon mit allen diesen Särgen aufwarten müssen; dann wären die Unfälle vielleicht nicht in dem Umfang eingetreten.

Meine Herren, dann darf ich auch ein Wort der Anerkennung sagen über die Denkschrift, die der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr v. Bethmann-Hollweg, dem Reichstage am 25. Dezember überreichte, also zum Weihnachtsfesten gemacht hat. Diese Denkschrift enthält wertvolles Material über die Unfälle im Bergbau, über die einschlägigen Ursachen namentlich der Wetter- und Kohlenstaubexplosionen und enthält auch sonst mancherlei, was geeignet ist, über die Unfälle im Bergbau gut zu informieren. Ich kann daher den Mitgliefern des hohen Hauses das Studium dieser Denkschrift nur bestens empfehlen.

Aber ich glaube doch, meine Rede nicht schließen zu dürfen, ohne daß ich die alte Forderung, die mit diesen Dingen so nahe im Zusammenhang steht, von neuem aufstelle: Gebt der Grubeninspektion Arbeiter bei, sorgt dafür, daß auch die Arbeiter das volle Maß der Mitverantwortung in sich lebendig fühlen! Das werden sie umso mehr tun, je mehr sie auch bei der Grubeninspektion beteiligt sind. Der Herr Minister hat diesen Wunsch bisher abgelehnt, und ich zweifle nicht daran, er wird es heute wieder tun. Aber das soll nicht abhalten, diese gerechte und verständige Forderung immer von neuem wieder zu erheben in der Erwartung, daß der gute Tropfen den Stein rührt, daß schließlich auch die königliche Staatsregierung vor dieser Forderung later peccavi sagt. Ich bin überzeugt, es geschieht im Interesse der Sicherheit der Bergarbeiter und der Bergbetriebe, es geschieht vor allem, woran mir immer viel liegt, im Interesse des sozialen Friedens.

(Bravo! bei der freisinnigen Volkspartei.)

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 14. Februar 1908.

**Wohlfahrtschau und Arbeiterbewegung.** Die erste Auflage der unter diesem Titel erschienenen Broschüre ist völlig vergriffen. Es soll jedoch eine zweite Auflage gedruckt werden für den Fall, daß genügend Bestellungen eingehen. Bis jetzt aber ist die Zahl derselben nicht ausreichend, daß sich die Herstellung einer Neuauflage lohnte und zum ursprünglichen Preise durchzuführen ließe. Diejenigen Ortsverbände und Ortsvereine, die beabsichtigen, noch Bestellungen auf die Broschüre zu machen, mögen daher die Zahl bis zum 1. März an das Verbandsbureau melden. Von der Höhe der Meldungen wird es dann abhängen, ob noch eine Neuaufgabe hergestellt wird oder nicht.

**Zur Generalsammlung ihrer Krankenkassen und Begräbnisse** treten am Sonntag und Montag die Delegierten des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter im Verbandshause zu Berlin zusammen. Bisher fanden diese Generalsammlungen zusammen mit dem Delegiertentag des Gewerkevereins statt. Seit dem Delegiertentag in Chemnitz jedoch sind die Tagungen getrennt. Wir heißen die Delegierten in der Reichshauptstadt herzlich willkommen und sprechen den Wunsch aus, daß ihre Beschlüsse nicht nur den Kasseneinrichtungen zum Segen gereichen, sondern auch indirekt dazu beitragen, dem Gewerkeverein selbst neue und tatkräftige Mitkämpfer für unsere gute Sache zuzuführen.

**Die Stadt Berlin und die Arbeitslosen.** Vor 14 Tagen beschäftigte sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einem sozialdemokratischen Antrage, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu verhindern. Die freien Gewerkschaften hatten vorher 5 Versammlungen veranstaltet, in welchen bekannte sozialdemokratische Parteiführer die Referate hielten, um die Arbeitslosigkeit parteigattatorisch auszubuten.

Weil unser Verbandsvorsitzender, Stadt Goldschmidt, es lebhaft rügte, daß die Not der Arbeitslosen zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, bezahlte griff ihn die sozialdemokratische Presse und Hand und Hand mit ihr auch ein Teil der Zentrums- presse heftig an. Wir werden das antilige Stenogramm der Stadtverordnetenversammlung abwarten, um an Hand desselben die verheerendsten Angriffe beweiskräftig widerlegen zu können.

Angegriffen wird zuerst der Magistratsvertreter, Stadtrat Fischbeck, auf dessen Seite sich mit großer Entschiedenheit der Führer der „Völkisch-Dunkelröhen“, Stadt Goldschmidt, gestellt hat.

Dazu sei zunächst bemerkt, daß unser Kollege die Punkte, gegen die sich die Angriffe auf den Stadtrat Fischbeck richteten, in seinen Reden überhaupt nicht berührt hat. Als wir nach den Verhandlungen eine Gruppe sozialdemokratischer Stadtverordneten fragten, ob sie glaubten, daß das Stenogramm der Fischbeck'schen Rede die sozialdemokratischen Angriffe rechtfertigen werde, da antwortete einer von ihnen, daß nicht das, was Herr Fischbeck gesagt habe, so lebhaften Widerspruch gefunden habe, sondern der Ton, der die Musik mache, rechtfertige die Angriffe. Wir erwiderten ihm, daß parlamentarisch geschulte Personen eine Rede nicht nach dem Ton, sondern nach dem Inhalt zu beurteilen hätten. Die sozialdemokratischen Angriffe widerlegen sich aber von selbst dadurch, daß es am Schluß der Angriffe in der Presse heißt, der sozialdemokratische Antrag sei einstimmig angenommen worden. Richtig ist daran zunächst nur, daß ein Antrag auf Aussetzung der einstimmigen Annahme fand.

Der Ausschuss hat am Mittwoch dieser Woche getagt, in demselben haben die Sozialdemokraten keinen einzigen Antrag gestellt, sehr wohl aber die von unseren Kollegen Goldschmidt gestellten Anträge mit unterzeichnet, bezw. für diese Anträge gestimmt. Diese Anträge beruhten auf der Rede, die unser Kollege Goldschmidt in der Stadtverordnetenversammlung gehalten hat. Der wesentlichste Teil dieser Rede werden wir, um die bodenlose Verleumdungslust der gegnerischen Presse an den Pranger zu stellen, in nächster Nummer zum Abdruck bringen.

**Wahlen.** Bei den Gewerbegerichtswahlen in Dortmund wurden zwei Mitglieder unseres dortigen Ortsverbandes zu Beisitzern gewählt. Die vorige Wahl war vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden, weil die Arbeiter und Handwerker der Eisenbahnwerkstätten nicht zugelassen worden waren. Deminals hatten unsere Verbandsgenossen nur einen Erfolg geerntet, so daß sie diesmal einen ersten Erfolg zu verzeichnen haben.

**Mit der Pensionsversicherung der Privatbeamten** hat sich am letzten Mittwoch der Reichstag noch einmal beschäftigt. Es handelt sich dabei um die Weiterberatung eines Antrags, in welchem die Regierung aufgefordert wurde, die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung so zu fördern, daß er bei Beginn der nächsten Reichstagsession zur Vorlage gelangen kann. Es sei mir voraus bemerkt, daß der Antrag schließlich einstimmig angenommen wurde. Gleichzeitig aber wollen wir hinzufügen, daß über die Art dieser Privatbeamtenversicherung wesentlichste Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kamen. Während der freisinnige Abgeordnete Dr. Rothmann und der Sozialdemokrat Lehmann diese Versicherung angelehnter wünschen an die Invalidenversicherung der Arbeiter, sprach sich der der wirtschaftlichen Vereinigung angehörende Abgeordnete Schaf, Vorsitzender des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes für eine Sonderklasse aus. Er will also den Standes- und Klassenunterschied wahren und gebietet wissen: Bei der sonstigen Haltung dieses Herrn kann auch diese Stellungnahme nicht wundernehmen.

**Arbeiterbewegung.** Die Zimmerer der Firma Junke & Puck in Hagen in Westfalen haben gegen fortwährender Lohnabfälle die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte schon vorher weniger als den tarifmäßigen Lohn bezahlt. — In Wülhausen i. E. sind in der größten Gärtnerei von Becker die Gärtnergehilfen ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten aus der Organisation auszutreten. Die Arbeiter haben die Aussperrung mit Forderungen beantwortet und verlangen außer einer 10 prozentigen Lohnerhöhung und Festsetzung eines Minimallohnes, die 10 stündige Arbeitszeit und freies Koalitionsrecht. — In einer Tarifbewegung befinden sich in Leipzig die Bierfahrer und Brauereiarbeiter. Gefordert wird für ersteren die 10 stündige, für die übrigen Arbeiter die 9 stündige Arbeitszeit. Es soll ferner eine Regelung der Lohnverhältnisse vorgenommen werden. — Für Nacht-, Sonntags- und Ueberstundenarbeit werden Zuschläge bis zu 50 pCt. verlangt, außerdem soll der 1. Mai freigegeben werden. — Der Streik in der Waffen- und Munitionsfabrik von Ludwig Löwe in Martinstenfelde darf wohl als beendet

gelten. Nachdem die Firma die durchschnittlichen Abzüge etwas ermäßigt hat, haben am gestrigen Donnerstag die streikenden Einrichter mit übergrößer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es darf wohl angenommen werden, daß auch die übrigen Arbeiter in der heute Vormittag stattfindenden Versammlung den Beschluß gutheißen werden. — In Essen sollen Ende dieses Monats Verhandlungen zwischen den rheinischen, bergischen und westfälischen Arbeitgeberverbänden mit Vertretern der Arbeiterorganisationen des Baugewerbes stattfinden, zur Regelung der neuen Tarifbeschlüsse.

In Dinsley (England) drohen 10 000 Bergarbeiter in den Streik einzutreten, wenn die von ihnen geforderte Lohnerhöhung abgelehnt werden sollte.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ regt sich auch noch in ihrer heute erschienenen Nummer über die Tätigkeit des Herrn Lebius in den Deutschen Gewerksvereinen auf. Sie behauptet, Lebius habe eine Vertretungstellung eingenommen und sucht dies zu beweisen durch einige Zentralratsprotokolle, in denen Lebius als Gast genannt wird. Wenn die „Metallarbeiter-Zeitung“ auch für ihre sonstigen Behauptungen keine besseren Beweise vorbringen vermag, ist es um ihre Wahrheitsliebe sehr schlecht bestellt. Lebius hat in der Tat einigen Zentralratsungen beigewohnt, und zwar dann, wenn Zeitungsangelegenheiten erörtert wurden. Er hat aber nichts dreingeredet gehabt, auch niemals das Wort ergriffen, sondern war lediglich als Gast anwesend. Es waren auch keine geheimen Zentralratsungen, denn die gibt es nicht. Bei uns werden derartige Dinge vor aller Öffentlichkeit verhandelt, und jeder Verbandskollege hat das Recht, an den Sitzungen teilzunehmen. Es ist nur die Verlegenheit darüber, daß Lebius bei der Sozialdemokratie so lange Zeit eine wirkliche Vertrauensstellung eingenommen hat, die die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu ihrem Verlegenheitsgefummel treibt. Im übrigen hatten wir geglaubt, daß die lange Tätigkeit als sozialdemokratischer Redakteur vor der „Geblucht“ schmeiße. Die Erfahrung hat uns inzwischen eines Besseren belehrt, denn überall, wo die „Geblucht“ zu größerer Bedeutung gelangt sind, wie auf dem Siemenswerk in Berlin und in Ober-Schöneweide, sind ihre Führer Leute, die noch kurz vorher sowohl im Metallarbeiterverbände, wie auch in der sozialdemokratischen Partei eine bedeutsame Rolle gespielt haben.

Arge Verlegenheiten hat der Sozialdemokratie wieder einmal Herr Reihäuser, Redakteur des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker, bereitet. Der Mann will absolut nicht so, wie es die sozialdemokratischen Parteibonken wünschen. Er vertritt wie wir den Standpunkt, daß die Organisation der Arbeiter auf neutralem Boden zu erfolgen habe. Er ist auch kein Anhänger der Sozialdemokratie und hat dieses verschiedentlich zum Ausdruck gebracht. Erst kürzlich hat er in dem von ihm redigierten Blatte eine längere Artikelserie veröffentlicht, auf die wir demnächst zurückkommen werden und in der Reihäuser sich recht energisch gegen die Verquickung von politischen und gewerkschaftlichen Dingen verwahrt.

Nun ist der Genannte in einen Prozeß verwickelt worden, der kürzlich in Mannheim zur Verhandlung stand. Bei dieser Gelegenheit soll sich Reihäuser ebenfalls recht taktlos — wenigstens nach rechtzielbewußter Auffassung — benommen haben. Die sozialdemokratische Mannheimener „Volksstimme“ schreibt nämlich in ihrem Bericht:

„Eine Frage nach seiner Parteizugehörigkeit beantwortet der Kläger (Reihäuser) dahin, er gehöre der sozialdemokratischen Partei nicht an, als Redakteur gebiete ihm jedoch die Pflicht, einen neutralen Standpunkt einzunehmen. Wohl habe er auf der Vertrauensmänner-Konferenz der Gewerkschaften in Berlin gesagt, er wolle sozialdemokratisch, er stehe jedoch auf dem Standpunkte, daß die sozialdemokratischen Endziele nur sozialrevolutionäre Taten, Kündereien, Utopien sind. Es sei doch ein Unterschied zu machen zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie.“

Wir haben diesem Urteil nichts hinzuzufügen. Herr Reihäuser aber möchte sich nur immer darauf gefaßt machen, daß demnächst ein Regeregericht über ihn abgehalten werden wird. Das steht jedenfalls fest, daß man seitens der radikalen Elemente alles anbieten wird, um Herrn Reihäuser Schwierigkeiten zu bereiten. Wie wir ihn zu kennen glauben, wird er sich daraus allerdings nicht abwühlen lassen.

Die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen vor Gericht. Unsere Leser werden sich noch zweier sich widersprechender Gewerbegerichts-Urteile entsinnen, die auf Klagen gegen die Pensionskasse der Firma Krupp gefällt worden sind. Während das Gewerbegericht zu Friedersheim die Firma verurteilte, einem Mitgliede des Gewerbevereins der Maschinenbauer die bis zu seiner Entlassung geleisteten Beiträge zur Pensionskasse zurückzugeben, kam das Gewerbegericht

in Essen im Gegensatz dazu zur kostenpflichtigen Abweisung solcher Klagen. Dagegen hatten nun zwei der Kläger, deren Forderung den Betrag von 100 Mk. überstieg, beim Essener Landgericht Berufung eingelegt, über die am 8. d. M. verhandelt worden ist. Da es sich um die Entscheidung einer prinzipiellen Frage handelte, waren mehrere Gutachter herangezogen worden, die sich teils für, teils gegen die Firma Krupp äußerten. Das Landgericht selbst wies nach fünfständiger Beratung die Berufung auf Kosten der Kläger zurück. Die Krupp'sche Pensionskasse sei eine Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, eine Wohlfahrts-Einrichtung. Die Möglichkeit, in den Genuß der Pension zu kommen, sei für jeden Arbeiter der Firma vorhanden. Jedem Arbeiter stehe es völlig frei, Arbeiter bei Krupp zu werden. Gezwungen werde dazu keiner. Wer aber bereit sei, bei der Firma Krupp zu arbeiten, der müsse auch der Pensionskasse angehören und sich dessen Statut unterwerfen, das gleichzeitig mit der Arbeitsordnung dem Neueintretenden vorgelegt werde. Von einem Verstoß gegen die guten Sitten könne deshalb auch nicht die Rede sein, und die Berufung sei zurückzuweisen.

Wieder ein Beitrag für die Notwendigkeit der Regelung des sog. Pensionskassenwesens.

Tödliche Industrienzfälle und Gewerkekrankheiten in England. Im abgelautenen Jahre 1907 betrug die Zahl der infolge von industriellen Unfällen als getötet gemeldeten Arbeiter und Angestellten in Großbritannien im ganzen 3028 gegen 2869 im Vorjahre 1906. Seelenverlusten verunglückten 1363 gegen 1200 im Vorjahre. Angesichts der geringen Arbeiterzahl in den Bergwerken, die den Hauptteil dieser Unfälle ausmachen, kann die verhältnismäßig geringe Erhöhung nicht sehr in Betracht kommen.

Dagegen hat in erfreulicher Weise das Einschreiten der britischen Gesetzgebung eine Abnahme der Gewerkekrankheiten bewirkt. Die Gesamtziffer der Vergiftungsfälle und von Pest belief sich auf 653, d. h. um 55 Fälle weniger als im Vorjahre. Die Todesfälle an diesen Krankheiten fielen gleichzeitig von 55 auf 40, ebenso die Bleivergiftungen bei den Anstreichern und Bleiarbeitern von 181 auf 174 Fälle, von denen 39 tödlich verliefen.

Wir kommen demnächst auf diese Statistik zurück und werden alsdann Einzelangaben über die Verteilung auf die verschiedenen Berufszweige machen.

Freie für Volksunterhaltungen. Die 365. Veranstaltung findet am Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der kgl. Hoehschule für Musik, Charlottenburg, statt. Es werden mitwirken: Die Chorvereinigung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche (Dirigent Herr A. Kiehl), Fräulein Parbs, kgl. Sängerin (Sologesang), Herr Matth. v. Erdberg (Regitation).

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.**

**Ortsverband Dresden.**

Der Ortsverband Dresden erledigte seine Geschäfte in 8 Ausschüß, 14 Vertreter- und 3 kombinierten Ausschüßsitzungen, 6 Ortsverbandsversammlungen und 2 öffentlichen Versammlungen. Vorträge wurden 4 gehalten und zwar über die Themen: „Selbe Gewerkschaften“, Referent Kollege Reu kedit, Berlin, „Internes aus der Arbeiterbewegung“, Referent Kollege Fleischer, „Der Berliner Verbandstag“ und „Die Christlichen in Sachsen“, beide gehalten vom Kollegen Berndt. An den Vorträgen des Herrn Professor Dr. Brud, veranstaltet von der Sehestiftung, beteiligte sich ebenfalls eine Anzahl von Kollegen. Weiter ist es uns gelungen, einige Herren zu Vorträgen in unseren Kreisen zu gewinnen. Für den Frauengewerbeverein haben wir die praktische Kerstin Frau Dr. mod. Ida Dornow zu einer Vortragsreihe gewonnen. Der Diskussionsklub ist ebenfalls wieder ins Leben gerufen worden. Mit den Anträgen, welche an den Berliner Verbandstag gestellt wurden, befaßte sich die Ortsverbandsversammlung vom 28. Januar. In dem neugegründeten Verein für Volksrechtsaufstufung sind wir gleichberechtigte Mitglieder geworden. Unsere Interessen vertritt darin der Lokalbeamte der Maschinenbauer, Kollege F. Berndt. An den vom Statistischen Amt herausgegebenen Haushaltsbüchern beteiligten sich ebenfalls unsere Kollegen. In den sozialen Ausschüß der Stadt Dresden wurde auf Vorschlag des Ortsverbandes von der Bürger-schaft unser Ortsverbandsführer Kollege Viehweger gewählt. Einige Wochen später wurde durch den Rat zu Dresden als zweiter Gewerbevereiner Kollege Berndt hinzugeführt. Die letzte Vertreterversammlung befaßte sich mit einer Denkschrift an den sächsischen Landtag, betreffend: 1. Getaufsetzung des Steuerjahres von 400 auf 900 Mark, 2. Einführung des 4. Klassenjahrespreises an Sonn- und Festtagen, 3. Einführung eines ermäßigten Personentarifs an Sonn- und Festtagen nach Ausflugsorten, 4. Verbesserung der 4. Wagenklasse und 5. Entschädigung an Bahnrückführer. Diese Denkschrift wurde dem Ausbreitungsverbände zur Ausführung empfohlen. 6 Gewerbevereiner sind als Schöffen tätig, 1 als Geschworener. 2 weitere Schöffen und 1 Geschworener sind in Vorschlag gebracht worden. Erfassungen sind 4 veranfaßt worden. Der Zentralisierung der Arbeitsnachweise sind wir ebenfalls nähergetreten. Mit den

gelben Gewerkschaften befaßt wir uns in einer öffentlichen Versammlung vom 20. April. Den wahren Wert und die schnelle Agitationsweise der Christlichen zeigten wir der Öffentlichkeit in einer Versammlung am 30. Oktober. Den Angriffen der roten sowohl, als auch der bürgerlichen Presse ultramontan-antifemischer Richtung, wüßten wir jederzeit zu begegnen. Auch in der Gewinnung von Mitgliedern sind wir nicht müßig gewesen. So ist es uns gelungen, den Dresdener Brauerverein in den Verband der Deutschen Gewerbevereine aufzunehmen. In dem Vorbebrachten glauben wir jetzt zu haben, was wir tun konnten. Möge das neue Jahr uns weitere Vorteile bringen. Schmerzlich berührte es uns, als uns noch kurz vor Jahreschluss einer unserer tüchtigsten Mitarbeiter, der Kollege Richard Köhler, durch plötzlichen Tod entrisen wurde. Sein Andenken wird uns unvergessen bleiben. Mögen an seiner Stelle neue Streiter entstehen, welche überall da zu finden sind, wo es galt Gewerbevereinsinteressen zu vertreten. So schließe ich denn mit dem Wunsch des Beschlusses: Einigkeit im Rat, gerecht in der Tat, dann kommen wir durch Kampf zum Sieg. W. Hesse.

**Ortsverband Lauenburg.**

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte durch 4 Vorstandssitzungen, 4 Verbandsversammlungen und 2 kombinierte Ausschüßsitzungen. Neben der Veranstaltung einiger Vergnügungen hat es der Vorstand vor allem an der Agitation nicht fehlen lassen. Am 12. Februar fand eine öffentliche Versammlung statt, in welche Kollege Krüger Potsdam über das Thema sprach: Wie stellen sich die Gewerbevereine zur Arbeiterbewegung. Am 10. Juli wurde ein Ortsverein der Deutschen Frauen und Mädchen gegründet, welcher sich gut zu entwickeln scheint. Ein Antrag auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes hat Aussicht auf Berücksichtigung. Bei den Ortsratensammlungen wurden wieder 2 Mitglieder in den Vorstand gewählt, auch die Wahl des Kassensührers fiel auf einen Gewerbevereiner. Bei den Stadtverordnetenwahlen sind die Gewerbevereiner ebenfalls tätig gewesen. Wenn wir auch nicht einen eigenen Kandidaten durchzubringen vermochten, so gelang es doch, einen Mann in die Stadtverordnetenversammlung zu entsenden, der uns freundlich gesinnt ist und für die Errichtung eines Gewerbegerichts einzutreten versprochen hat. Das ist denn auch in tatkräftiger Weise geschehen, so daß wir glauben, der Erfüllung unseres Wunsches ein gutes Stück näher gekommen zu sein. Auch gegen Ende des Jahres hat sich der Ortsverband eifrig der Agitation gewidmet und die Gründung eines Ortsvereins der Bauhandwerker in die Wege geleitet. Möge der neue Ausschüß auf der betretenen Bahn weiter schreiten und das angefangene Werk zu einem guten Ende führen. H. Grob.

**Ortsverband Leopoldshah-Staffort.**

Unser Ortsverband besteht aus 6 Vereinen mit 300 Mitgliedern. Die Geschäfte wurden in 5 Vorstandssitzungen und 4 Versammlungen erledigt. Zu eifrigen Monatsversammlungen der verschiedenen Ortsvereine waren Generalratsbeamte erschienen, um Vorträge zu halten, zu denen stets sämtliche Ortsvereine eingeladen waren. Einem erweiterten Ortsverband beizutreten, wie es von den Magdeburger Kollegen angeregt war, mußten wir ablehnen. Der Antrag, einen Wahlverein zu gründen oder ihn beizutreten, der von den höhererlebens Verbandsangehörigen bestimmt wurde, wurde einstweilen vertagt. Die „freien“ Gewerkschaften haben hier die Oberhand und erschweren uns das Arbeiten ungeneuer. Leider ist auch bei manchen Verbandsangehörigen nicht immer der Mut vorhanden, zu sagen: Wir sind Gewerbevereiner! Der Versammlungsbesuch könnte bisweilen besser sein. Wenn dem Vorstand die Unterstützung der Mitglieder fehlt, so ist sein Arbeiten umsonst. Darum richte ich hier die Bitte an die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen, Anträge zu stellen, sich rege an der Diskussion zu beteiligen und dann das Gehörte bei den Arbeitskameraden zu verbreiten. Dann wird die Frucht nicht ausbleiben und ein jeder an dem Erfolge seine Freude haben. Also auf, Genossen, an die Arbeit, damit wir ein segensreiches Jahr haben. G. Albrecht, Schriftführer.

**Ortsverband Nürnberg.**

Von vornherein sei bemerkt, daß die Arbeit des vergangenen Jahres nicht immer eine leichte war, jedoch muß gleichzeitig konstatiert werden, daß dieselbe im großen ganzen von bestrebendem Erfolg gekrönt war. Es fanden 12 Ausschüßsitzungen und 7 Versammlungen statt, ferner eine kombinierte allgemeine Versammlung des Ortsverbandes mit den Vereinen von Fürth, Erlangen, Schwabach und Kolb; die dem Ortsverband angehörenden Einzelvereine unternahmen natürlich auch im Rahmen des engeren Vereins die verschiedensten öffentlichen Stellungnahmen. Der Beginn des Vereinsjahres stand unter dem Zeichen der Gründung eines Arbeitersekretariats, um mit dieser Einrichtung einem langjährigsten Bedürfnis abzuhelfen. Die Verhandlungen darüber füllten die Tagesordnung der ersten Sitzungen und jagten sich als roter Faden durch die Beratungen des ganzen Jahres; bei Erstattung dieses Berichtes sind wir schon in der angenehmen Lage, konstatieren zu können, daß sich die getroffene Einrichtung gut bewährt und zur Förderung unserer Verbandsinteressen beiträgt. Der seit Jahren getätigte Kohlenabschluß, der den Mitgliedern wesentliche Vorteile beim Bezug von Holzmaterialien bietet, wurde erfreulicherweise stark benutzt und brachte auch finanziell ein gutes Resultat. Der durch Gründung des Sekretariats wachgerufene Gedanke der Erwerbung eines eigenen Vereinshauses wurde nicht zur Ausführung gebracht, nachdem längere Verhandlungen und teilsige Beratungen das in Aussicht genommene Haus nicht als rentabel erscheinen ließen. An sonstigen Maßnahmen sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Natur seien noch erwähnt die durch den Ortsverband veranlaßten und vorbereiteten Eingaben der Ortsvereine an den Stadtmagistrat zwecks Einführung des Pro-

portionalwahlrechts zu den Gewerbegerichtswahlen, ferner die Gründung eines Diskutterklubs, der aber durch die mangelnde Beteiligung der Mitglieder nicht am Leben gehalten werden konnte, dagegen muß als erfreulich bezeichnet werden, daß es gelungen ist, einen Ortsverein der Steinarbeiter zu gründen, der als weiteres Glied des Ortsverbandes sich gut entwickelt. Die im abgelassenen Jahre in Nürnberg sich zeigenden Arbeiterbewegungen wurden genau verfolgt und in geeigneter Weise Stellung dazu genommen. Verschiedene Veranstaltungen geselligen Charakters, als Gartenfest, Christbaumverlosung usw. seien der Vollständigkeit halber nebenbei erwähnt.

Die Ortsverbandsversammlungen hätten teilweise besser besucht sein können, dieselben dienten in erster Linie der Vermittlung sozialpolitischer und allgemeinbildender Vorträge: Stellungnahme zur Reichstagswahl als Gewerbetreiner, Gründung des Sekretariats, Volkshygiene, Erwerbung des Heim- und Bürgerrechts und ähnliche Themata lagen den Einzelreferaten zugrunde. Als Referenten seien unter anderem die Kollegen, Meuthen, Barnholt, Grünthal, Herr Dr. Neuburger, natürlich auch unser Vorsitzender, Kollege Käfer, dankend erwähnt. Die Gesamtmitgliedszahl am Schlusse des Jahres betrug 1154 in 18 Ortsvereinen, worunter 5 Ortsvereine der Kaufleute.

R o s m a n n, Schriftführer.

**Ortsverband Oberhausen und Umgegend.**

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte durch neun Vertreterkassen und drei kombinierte Ortsverbandsversammlungen. Es wurden von selten des Ortsverbandes fünf Referate gehalten, davon zwei in Obermarxloh über: „Die Entstehung der Gewerbetreiere“ und: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Referenten waren Kollege Donkers und der leider verstorbenen Kollege Hammacher. Zwei weitere Referate wurden in Oberhausen gehalten. Ueber den Kohlenbergbau referierte Kollege Hammacher, über den Verbandstag Kollege Hahnenberg-Düffeldorf. Außerdem wurde von Kollegen Donkers in Hrintrop ein Referat gehalten über Zweck und Ziele des Ortsverbandes. Ferner hielten die Kollegen Kreil-Düffeldorf und Koch-Duisburg ein Referat über die Notwendigkeit einer Presse. Es wurde ein Ortsverein der Bergarbeiter neu gegründet. Dieser neue sowie die Ortsvereine Oberhausen II und Hrintrop der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurden dem Ortsverband angegliedert. Am Schlusse des Jahres zählte derselbe somit 11 Ortsvereine mit insgesamt 477 Mitgliedern.

J o h a n n G ö r j, Schriftführer.

**Ortsverband Zerbst.**

Der Ortsverband, dessen Ausschuss von sich sagen kann, daß er bemüht gewesen ist, seine Aufgaben zum Besten der Gewerbetreiere zu erledigen, hielt 5 Ausschüsse, 1 kombinierte Ausschussführung und 5 Ortsverbandsversammlungen ab. Durch einen Antrag beim Magistrat wurde eine Ferienkolonne für erholungsbedürftige Kinder geschaffen. Als Bildungsmittel stehen dem Ortsverbande die Bibliothek für Gemeinwohl und die Besekalle zur Verfügung. Außerdem ist der Ortsverband der freien Vereinigung für Volksbildung beigetreten. Solche Gewerkschaften konnten sich hier nicht bilden, wohl aber fangen die Christlichen an, sich hier breit zu machen. Zum Gewerbegericht soll das Verhältniswahlrecht eingeführt werden. Auch sind mehrere unserer Kollegen als Schöffen ausgelost, und wir hoffen, dasselbe für die Schwurgerichte zu erreichen. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit dem letzten Jahre schwieriger gehalten; auch stehen Lohnabzüge auf der Tagesordnung.

G r a v S c h a d e, Vorsitzender.

**Gewerbvereins-Teil.**

**Berlin.** In der am 8. d. M. im Noabiter Vereinshaus abgehaltenen 14. Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III hielt an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kollegen

Gleitschlag der Kollege Wolter einen Vortrag über „Die Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten“. Redner besprach sehr ausführlich die in der Konferenz angenommenen Beschlüsse, die zu einer sehr regen Diskussion führten. Die Kollegen beglückwünschten die gegebene Richtschnur, welcher die Gewerbetreiere zur Durchführung und Verwirklichung der in ihrem Programm aufgestellten Grundsätze bedürften. Die Anwesenden brachten den festen Willen zum Ausdruck, unter Benützung der gegebenen Leitlinie durch intensive Betätigung in allen für die Arbeiterkassen in Betracht kommenden Fragen für die Forderungen der Gewerbetreiere energisch einzutreten, um dadurch ihre Reihen, in welchen die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihr parteipolitisches und religiöses Bekenntnis und ohne unnütze Vergebungen von Kraft für unerreichbare Ziele, die die Lage der Arbeiter nur verschlechtern, einzig und allein für die soziale und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes wirken können, zu stärken und zu vermehren. Gelingt uns das, dann ist die Zeit nicht mehr fern, in welcher der deutsche Arbeiter die Stellung in der menschlichen Gesellschaft einnimmt, die ihm schon längst zusteht.

**Wofen.** In der am 2. Februar abgehaltenen gut besuchten Ortsverbandsversammlung hielt Herr Redakteur F r a n c e einen Vortrag über das Thema: „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“. Redner führte aus, daß kaum eine andere Bewegung in ihrem Entwicklungsgange ein ähnlich zutreffendes Bild des Wertes des sozialpolitischen Empfindens und Strebens der Arbeitnehmer bietet, als der Kampf um eine staatlich autorisierte Interessensvertretung. An der Hand eines umfangreichen Materials kam Redner zu dem Ergebnis, daß nur durch die Verhandlungsgleichheit, durch das System der Einigung sich der Gedanke des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und -nehmer in die Wirklichkeit umsetzen lasse. Um aber die Verhandlungsgleichheit zu erzielen, müßten beide Interessentengruppen zusammenkommen, um sich im gegenseitigen Verständnis einander zu nähern. Eine solche kombinierte Delegation ist dann sachlich eine **Arbeitskammer**. Die Hauptaufgabe der Arbeitskammern müsse darin liegen, ein Präventivmittel gegen wirtschaftliche Kämpfe zu schaffen. Der Redner erläuterte und begründete dann in einzelnen eine Reihe von Beschlüssen, die sich auf die Organisation und das Wahlrecht zu den Arbeitskammern beziehen und als Spitze des ganzen Aufbaues ein Reichsarbeitsamt fordern. Diese Beschlüsse fanden in der Versammlung lebhaften Zuspruch. Weiterhin wurde beschlossen, in einer öffentlichen Versammlung zu den zu erwartenden Steuerentwürfen und dem § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes Stellung zu nehmen.

**Verbands-Teil.**

**Versammlungen.**

**Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewerbetreiere (H.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreiere, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-10 1/2 Uhr. Referat über: „Die Vertiefung der Arbeitszeit“. Referenten: Die Kollegen Puhl und Metz. Gäste willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerbetreiere (H.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Lebnungshunde im Verbandshause der Deutschen Gewerbetreiere (Trüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Diskutterklub Noabit.** Jeden Freitag, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Gäste willkommen. — **Fachwissenschaftlicher Diskutterklub Berlin V.** Dienstag, 18. Februar, ab. 8 Uhr, Püchlerstr. 20. Sitzung. Vortrag des Kollegen Schumacher über: „Salvanische Elemente und Akkumulatoren“. Gäste willkommen. — **Medizinalverband Berlin und Vororte.** Sonntag, 23. Februar, vorm. 10 Uhr, Greifswalderstr. 221, 223, Generalversammlung. L.-D.: Kassen- und Revisionsbericht. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Geschäftliches. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Mittwoch, 19. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung mit Damen bei Funke, Trifflstr. 41. Monatsbericht. Vortrag des Verbandsreferenters Erlebez über: „Die Neutralität der Deutschen Gewerbetreiere“. Diskussion.

**Orts- und Medizinalverbände.**

**Herne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Wihl, Schulte-Mattler, Diskutterkaffe. — **Nagels (Diskutterklub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Balber, „Zägerhof“. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr prä., in Hüttmanns Hotel, Poststraße, Diskutterkaffe. — **Spanau (Diskutterklub der Deutschen Gewerbetreiere, H.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Gelsenkirchener (Sängerchor der Deutschen Gewerbetreiere).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinsklokal Pieper (früher Eleria), Schalter- und Florastrassen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Diskutterklub.** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Hehle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandierbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Kienitz (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Brin von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Diskutterklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen und Umgegend (Diskutterklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr.-Ecke. — **Nagels (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreterkassen in Nagels, Süldherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — **Köln (Diskutterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Elstergasse. — **Oberschöneweide (Diskutterklub).** Sitzung alle 14 Tage Mittwoch bei Steiner, Wilhelmshöfstr. 14. Gäste willkommen. — **M.-Waldbach-Neyditz (Ortsverband).** Sonntag, 16. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr bei Schauerer, gegenüber dem Kaiserbad, Versammlung. Vortrag des Kollegen Weber. — **Oidnburg (Ortsverband).** Sonntag, 23. Februar, nachm. 4 Uhr, Verbandsversammlung bei Herrn Kelmeyer (Donnerstags). L.-D.: Jahresabschluss. Wahl der Revisoren. Bericht des Beamten der Musikstelle. Medizinal-Kasse. Verschiedenes.

**Literatur.**

**Eingegangene Bücher und Broschüren.** Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

**Die Wertzuwachssteuer.** Zur Praxis und Theorie. Von Dr. Robert Brunhuber. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

**Die heutige Sozialdemokratie.** Von Dr. Robert Brunhuber. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.

**Arbeiterkonsumvereine.** 2 Referate von Dr. Reinhold Rich und J. Giesberts. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 40 Pf. (Heft 9 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform).

**Gemeinschaftliche Darstellung des Eisenhüttenwesens.** Herausgegeben vom Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf. Kommissionsverlag von W. Engel in Düsseldorf.

**Die wichtigsten Aktien-Gesellschaften der Montan- und Hüttenindustrie Deutschlands und deren Finanzgebahren.** Herausgegeben und verlegt vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum.

**Sozialismus und soziale Bewegung.** Von Berner S o m b a r t. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis brosch. 2,50 M.

**Die Arbeiterfrage.** Ein Vortrag, gehalten vor dem XXVII. Parteitag der deutschen Sozialpartei, von Dr. Ludwig G a s s. Verlag der Badischen Verlagsdruckerei in Karlsruhe.

**Die Organisation des Warenhauses A. Wertsheim.** Verlag: Zeitschrift „Deutsche Konfektion“ in Berlin. Preis 3 M.

**Anzeigen-Teil.**

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Die Deutschen Gewerkvereine**  
(Hirsch-Dunder).  
::: Eine kurzgefasste Geschichte :::  
ihrer Begründung und Entwicklung  
von  
Karl Goldschmidt.  
Eine ausgezeichnete Agitationsbroschüre für alle diejenigen,  
welche für die Ideen der Deutschen Gewerkvereine wirken  
wollen.  
Zu beziehen gegen vorherige Einzahlung des Betrages von  
50 Pf. einschl. Porto vom Verbandskassierer Rud. Klein.

**Stellenlose**  
Handelshilfsarbeiter, Hausdiener, Baker etc.  
erhalten Stellung nachgelesen durch den Arbeitsnachweis  
unseres Ortsvereins der Handelshilfsarbeiter. Meldungen  
an den Kollegen Hilbert, Berlin SW., Kochstraße 56.

**Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine.**  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
**Verbandsgenossen!**  
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir  
unser neuen und gut eingerichteten Logierräume zur gefälligen Benützung  
bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim  
Hauswart Büchner, Duergebäude.  
**Das Bureau des Zentralrats.**

**Wilhelmshaven (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten  
Unterbringung. Karten bei Herrn  
Gäbeler, Bank bei Wilhelmshaven,  
Göhrestraße 7.  
**Essen (Nahr).** Arbeitsnachweis  
und Verpflegungskarten für  
alle Berufe Brothausstr. 58 im  
Verbandshause. Für Auskünfte  
öffnet von 9-1 Uhr.

**Lüdenscheid.** Der Arbeitsnachweis  
sowie Ortsverbandsbescheid  
befindet sich beim Sekretär Herrn  
Bartelt, Kölnestr. 33.

**Jena.** (Ortsverband). Durchreisende  
erhalten 75 Pf. Unterbringung bei  
Carl Möller, Greifgasse 2, Ecke  
Oberlauegasse.

**Neusalz (Ortsverb.).** Durchreisende  
erhalten 50 Pf. bei Aug. Kelmers,  
Friedrichstraße 86.

**Chemnitz.** Der Arbeitsnachweis  
sowie die Ausgabe des Ortsverbandsbescheides  
befindet sich bei Ernst Lärpe,  
Bogenstr. 17, III Sprengm. mittags  
von 12-1, abends von 7-9 Uhr.

**Magdeburg.** Bauhandwerker  
75 Pf. bei E. Schröder,  
Luisenstr. 14.

**Nagels (Ortsverband).** Durchreisende  
Kollegen erhalten 75 Pf. Reiseunterstützung  
im Arbeiterreferat Nagels,  
Kaiserbräuweg 71. Ebenfalls  
Arbeitsnachweis.